



Community Communication

Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen

Inhalt

■ Vorwort	3
■ Community Communication	5
Herausforderungen im Gemeinwesen	6
Ansatz	7
Begleitende Umsetzung	9
Demokratie braucht Dialog	10
■ Dialogformate: Steckbriefe und Praxisbeispiele	11
Klassisches Format: Anwohnerversammlungen	12
Face-to-Face-Format: Info-Inseln	16
Vernetzungsformat: Multiplikatoren-Runde	20
Beteiligungsformat: Bürgerdialog	24
■ Checkliste und Empfehlungen	29
■ Glossar	35
■ Das Mobile Beratungsteam Berlin stellt sich vor	39
Impressum	42

■ Vorwort

Als Großstadtmetropole ist Berlin durch Heterogenität geprägt: Die Berliner Stadtgesellschaft zeichnet sich durch eine große Vielfalt verschiedener Traditionen, Milieus, Lebenswelten und Lebensstile aus. Diese Vielfalt beschränkt sich nicht nur auf die Vielfalt ethnischer Herkunft und Identitäten der Berliner/innen, sondern bildet die gesamte Vielschichtigkeit moderner Stadtgesellschaften ab. Gleichwohl birgt die Diversität das Potential für Konflikte, die Berlin vor große Herausforderungen stellt, insbesondere im Kontext der Neuzuwanderung von Schutz- und Zufluchtsuchenden, des erstarkenden Rechtspopulismus und der zunehmend polarisiert geführten Debatten zu gesellschaftspolitischen Themen. Verhärtete Fronten zwischen Alteingesessenen und Neuzugewanderten, die gefühlte Ohnmacht der Bürger/innen gegenüber der Politik oder die von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durchzogenen Diskurse sind oftmals die Folge. Wie aber lässt sich dem entgegenwirken?

Das Mobile Beratungsteam Berlin (MBT Berlin) der Stiftung SPI hat seit über zehn Jahren Handlungsstrategien im Sozialraum erprobt und modifiziert. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie sich Bürgerprotest unter professioneller Begleitung zum konstruktiven Diskurs und zur Mitgestaltung im Gemeinwesen entwickeln lässt. Dieser strategische Ansatz zur Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratiegefährdende Tendenzen ist aus unserer Sicht dann besonders erfolgversprechend, wenn damit eine Einladung zu einem aufrichtigen Dialog auf Augenhöhe einhergeht. Dabei geht es weder um polemische Spiegelfechtereien noch um wechselseitige Monologe, sondern um die Begegnung im Gespräch. Dialog in diesem Sinn bezeichnet einen Prozess, der auf einer Haltung basiert, die von gegenseitigem Respekt der Dialogpartner/innen geprägt ist und die berechtigten Interessen, Anliegen und Bedürfnissen des Anderen anerkennt und ernst nimmt.

Das MBT Berlin unterstützt Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf kommunaler Ebene bei der Herausforderung, die Bürger/innen bei strittigen Themen oder Veränderungsprozessen vor Ort mitzunehmen und diskursiv einzubinden. Dazu haben wir unterschiedliche Formate entwickelt, mit denen sich der Dialog produktiv gestalten lässt. Anlass dafür war die Erfah-

rung, dass kontrovers diskutierte Sachverhalte lokal angepasste Gesprächsstrategien benötigen. Allein mit frontalen Formaten, wie der klassischen Podiumsdiskussion, kann nicht allen Herausforderungen begegnet werden, die aufgeladene Konflikte mit sich bringen. Dies ist etwa dann der Fall, wenn Emotionen bereits zu sehr hochgekocht sind, um in großer Runde sachlich zu diskutieren, oder wenn einzelne Gruppen im Vorfeld ankündigen, die Veranstaltung sabotieren zu wollen. Dann besteht die Gefahr, dass Konflikte eskalieren, statt gelöst zu werden. Um derartige Misserfolge zu vermeiden, hat das MBT Berlin flexible Formate entwickelt, die die Verständigung zu Gemeinwesenkonflikten erleichtern bzw. überhaupt erst ermöglichen.

Die Broschüre richtet sich an Akteure auf kommunaler Ebene, die einen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern zu „heiklen“ Themen führen und die Anwohner/innen als Mitgestalter/innen im Gemeinwesen diskursiv beteiligen wollen. Gegenstand der praxisorientierten Broschüre ist der Ansatz eines gemeinwesenorientierten Dialogs und die daraus erfolgreich erprobten Formate. Dazu gehören beteiligungsorientierte Anwohnerversammlungen, Face-to-Face-Formate mit Info- und Dialoginseln, Multiplikatoren- und Vernetzungsrunden sowie Bürger- und Nachbarschaftsdialoge. In den Formaten und den jeweiligen Praxisbeispielen verdichten sich die Erfahrungen aus über zehn Jahren offener moderierender Beratung und Prozessbegleitung. Vor diesem Hintergrund will die Broschüre die Expertise und Erfahrung des MBTs Berlin an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren weitergeben, um damit dem Wunsch nach erfolgversprechenden Möglichkeiten zum Umgang mit Gemeinwesenkonflikten nachzukommen.

1

Community Communication

Herausforderungen im Gemeinwesen

Veränderungen im lokalen Raum lösen häufig Konflikte und Diskussionen über Themen aus, die von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sind. Zu solchen Veränderungen zählen beispielsweise der Bau von Moscheen oder die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften. Die Gemeinwesenkonflikte, die sich daran entzünden, sind zum Teil von ausgrenzenden und diskriminierenden Äußerungen und Einstellungen geprägt.

Damit solche Konflikte nicht eskalieren, sondern die in ihnen enthaltenen Energien konstruktiv genutzt werden können, ist die frühzeitige Einbeziehung der betroffenen Anwohner/innen in den Veränderungsprozess unerlässlich. Dazu hat das Mobile Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung der Stiftung SPI in den vergangenen zehn Jahren den konzeptionellen Ansatz „Community Communication“ entwickelt. Der Ansatz will weniger Beteiligung im Sinne konkreter Mitbestimmungsprozesse initiieren, sondern in erster Linie Kommunikationsräume eröffnen und gestalten. Mit vielfältigen dialogischen Formaten fördert „Community Communication“ die diskursive Auseinandersetzung über Veränderungsprozesse und Konflikte in der Nachbarschaft und ermöglicht so eine erfolgreiche Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Vertreter/innen der Kommunen.

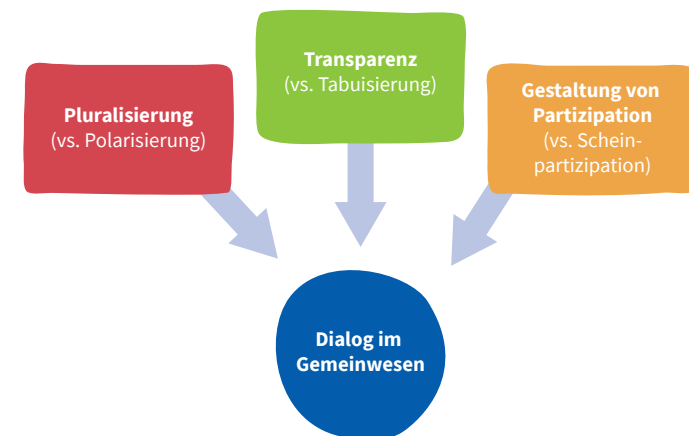
Im besten Fall kann „Community Communication“ die Lücke schließen, die entsteht, wenn lokale Themen oder Planungsvorhaben nicht zur Disposition stehen, gesellschaftlich aber hoch umstritten und nicht selten symbolpolitisch aufgeladen sind. In diesen Situationen stehen Kommunen mehreren Anforderungen gegenüber: Einerseits sind sie verpflichtet, die Bürger/innen vor Ort zu informieren und ihre konkreten Befürchtungen ernst zu nehmen, andererseits müssen sie Stimmungen auffangen, populistischer Panikmache entgegenzutreten und organisierte ideologische Menschenverachtung abwehren. Nicht zuletzt müssen sie dafür Sorge tragen, dass die sozialräumlichen Veränderungen langfristig akzeptiert und vielleicht sogar zur Chance für das Gemeinwesen werden, auch dann, wenn die Entscheidung an anderer Stelle getroffen wurde. Mit dem Ansatz „Community Communication“ unterstützt das MBT Berlin Kommunen dabei, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die Broschüre gibt Ihnen eine erste konkrete Hilfestellung an die Hand.

Ansatz

Grundsätzlich gehen wir als Mobiles Beratungsteam von einem „positiven“ Konfliktbegriff aus:

- In vielfältiger werdenden Gesellschaften werden Problem- und Konfliktlagen komplexer.
- Vielfältige Meinungen und Sichtweisen bergen die Chance einer differenzierten Betrachtung und neuer Lösungswege.
- Konflikte sind nicht allein als Störung zu betrachten, sondern als gesellschaftliche Lernfelder demokratisch verfasster Gemeinwesen.
- Konflikte setzen Energien frei, die der Wertschätzung bedürfen, damit sie zu Ressourcen des Gemeinwesens werden können.

Nicht selten werden heikle lokale Konfliktfelder von Verwaltungen und politisch Verantwortlichen als zumindest latent bedrohlich wahrgenommen. Tatsächlich stellen etwa ethnisierte Konfliktlagen im Gemeinwesen eine besondere Herausforderung dar. Dieser kann durch eine konzeptionell durchdachte Kommunikationsstrategie begegnet werden, die einerseits dem demokratischen Grundgedanken der Einbeziehung aller und andererseits dem Schutz der Menschenwürde jedes Einzelnen verpflichtet ist.



Gelingensbedingungen für den Dialog im Gemeinwesen

Als Empfehlungen und Erfolgsbedingungen für eine solche Strategie wären zu nennen:

1. Zielformulierung, Stakeholder- und Risikoanalyse zur fachlichen Grundierung der Strategie, gegebenenfalls Auftragsklärung mit externer Beratung/Moderation
2. Pluralisierung des Konflikts, indem neben „Schlüsselpersonen“ auch „Brückenbauer“ gesucht und angesprochen werden, die entweder keinem eindeutigen Lager zuzurechnen sind oder die sich durch Multiperspektivität ausweisen
3. Einberufung von Multiplikatorenrunden, um möglichst im Vorfeld Einschätzungen, Stimmungen und Interessen systematisch erfassen zu können. Vertraulichkeit herstellen, verschiedene Sichtweisen, Interessen, Probleme identifizieren und offen besprechen. Konflikten hinter den Konflikten Aufmerksamkeit schenken
4. Transparenz durch frühzeitige Information der Öffentlichkeit. Kenntlichmachung der möglichen Beteiligungsschneisen
5. Generierung offener, niedrighschwelliger diskursiver Räume und Formate, die sowohl eine breite Teilhabe der Betroffenen ermöglichen, als auch auf Augenhöhe bleiben
6. Aktives „Emotionsmanagement“ und Versachlichung durch allparteiliche Moderation, „Übersetzungen“, Information und zu beachtende Rede- und Gesprächsregeln
7. Passgenaue Dialogangebote und Come-Together-Formate, die der Vertiefung und Verstetigung dienen, den Blick in die Zukunft richten und an konkreten Lösungsschritten im Gemeinwesen ansetzen
8. Wertschätzung des Engagements aller am Prozess Beteiligten
9. Visualisierung und Dokumentation aller Fragen, Einwürfe, Ergebnisse
10. Prozessorientiertes Vorgehen, d. h. Reflexionsschleifen sind vorgesehen und Nachsteuerungen möglich. Alle Formate, Methoden und Vorgehen sind zielorientiert, der Prozess aber ist ergebnisoffen.

Begleitende Umsetzung

In Berlin haben in der Vergangenheit zwei kommunale Informationsveranstaltungen überregional Aufmerksamkeit erregt: Im Jahr 2006 eskalierte eine Bürgerversammlung in Pankow, die über das Bauvorhaben einer muslimischen Gemeinde informieren wollte. Bevor die Veranstaltung in einer Turnhalle überhaupt starten konnte, war die Stimmung bereits so weit aufgeheizt, dass die muslimischen Gemeindevertreter aus Sicherheitsgründen unter Polizeischutz die Halle verlassen mussten. Eine Bürgerversammlung anlässlich der bevorstehenden Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft in Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2013 wurde zwar nicht abgebrochen, aber so lautstark und deutlich von anwesenden Personen mit rechtsextremem Hintergrund dominiert, dass eine sachliche Auseinandersetzung kaum noch möglich war.

Im Anschluss an die beiden Veranstaltungen wurde das MBT Berlin angefragt und konnte mit neuen Dialogformaten deeskalierend wirken. Aufgrund dieser erfolgreichen Erfahrungen wird das MBT Berlin seither von Berliner Bezirksämtern und Stadtteilzentren angefragt, wenn es bei ähnlichen Konfliktlagen um die Entwicklung von tragfähigen Kommunikationsstrategien geht.

Wie meist in der Beratungsarbeit kann kein allgemeingültiges ABC formuliert werden. Das Mobile Beratungsteam hat jedoch mit Blick auf die unter 1.2 genannten Erfolgsbedingungen Formate und Methoden erprobt, die – richtig eingebettet und passgenau vorbereitet – in verschiedenen Kontexten und Problemlagen eingesetzt werden können.

Wir arbeiten anlass- und akteursorientiert, sodass sowohl Kurzberatungen als auch prozessbegleitende Beratungen zu unserem Angebot gehören. Die Grundlage dafür bildet jeweils das Erstgespräch mit den Beratungsnehmer/innen, in welchem wir gemeinsam mit Ihnen den Anlass für die Beratung klären, Ihre Ziele formulieren sowie einen abgestimmten Zeit- und Maßnahmenplan erarbeiten. Eine längerfristige Beratung umfasst neben der Erstellung von Sozialraumanalysen auch die Konzeption und Moderation von unterschiedlichen Dialogformaten. Unsere Beratung hat ihr Ziel erreicht, wenn die Beratungsnehmer/innen zum einen in ihrer Handlungskompe-

tenz gestärkt sind und zum anderen ihre Zielsetzung eigenständig angehen können.

Demokratie braucht Dialog

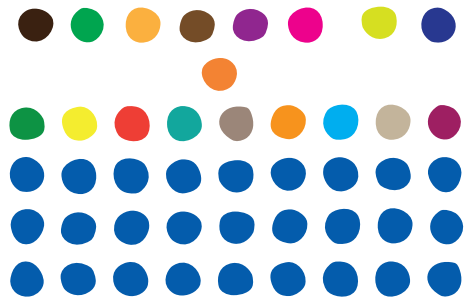
Die verstärkte Zuwanderung sowie zukünftige gesellschaftspolitische Herausforderungen sind immer auch eine große Chance für die Demokratie. Bei mancher Anwohnerversammlung bekommen Bürger/innen plötzlich eine Ahnung von den komplexen Planungs- und Entscheidungsverfahren eines föderal organisierten Gemeinwesens, an den Info-Inseln lernen sie vielleicht erstmalig ihre Bezirksbürgermeisterin kennen, beim Bürgerdialog machen sie möglicherweise die Erfahrung von Selbstwirksamkeit durch Gestaltung ihrer unmittelbaren Umgebung. Voraussetzung ist, dass Bürgerinnen und Bürger gefragt, gesehen und gehört werden. Demokratie braucht den Dialog. Sie braucht Gesichter und Verantwortliche, Fragen und Antworten, Antworten und Fragen, und: keine Angst vor dem freien Wort.

2

Dialogformate: Steckbriefe und Praxisbeispiele

Klassisches Format: Anwohnerversammlungen

Die Anwohnerversammlung ist das bekannteste und darum klassische Dialogformat. Es dient zur kompakten Informationsweitergabe und eignet sich auch für Gruppen, die mehrere hundert Personen umfassen. Üblicherweise beginnt mit einer Anwohnerversammlung ein Kommunikationsprozess, der im Anschluss an die Reaktionen der Anwohner/innen bedarfsabhängig in verschiedenen Formaten fortgeführt werden kann.



Ziel

Zentrales Ziel der klassischen Anwohnerversammlung ist die kompakte Informationsvermittlung durch die Fachvertreter/innen und bietet die Gelegenheit zur Artikulation von Sorgen, Verunsicherungen und Befürchtungen der Anwohnerschaft zu einem bestimmten Thema.

Die Besetzung des Podiums ist abgestimmt auf die zu erwartenden Fragen und Einwände zu dem Vorhaben: mit politisch Verantwortlichen, Sachkundigen aus der Verwaltung und den mit der Durchführung Beauftragten. Zusätzlich zu den Expert/innen können weitere Ansprechpartner/innen eingeladen werden, die zusätzliche Sachkenntnis aus dem Publikum hineinbringen können.

Zielgruppe und Akteure

Das Format richtet sich an Anwohner/innen im lokalen Raum, die von einem bestimmten Thema betroffen sind und sich darüber umfassend informieren wollen. Sie werden persönlich eingeladen, um sicherzustellen, dass keine

ungebetenen Gäste hinzukommen und die Versammlung für eigene politische Zwecke missbrauchen. Erfahrungsgemäß nehmen meist zehn bis zwanzig Prozent der Eingeladenen teil.

Durchführung

Der Einlass wird durch die Gastgebenden kontrolliert, damit nur eingeladene Personen teilnehmen. Für alle sichtbar hängen Ausschlussklauseln aus, die die Moderation zu Beginn vorstellt. Gegebenenfalls sollte auf das geplante Vorhaben oder das umstrittene Thema noch einmal kurz eingegangen werden, bevor die Moderation die Fragen und Anmerkungen des Publikums sammelt. Die wichtigste Moderationskompetenz besteht in der „Übersetzung“, also der Paraphrasierung des Gesagten mit dem Ziel der Versachlichung.

Stärken

Die Bürger/innen erhalten durch das frontale Informationsformat unmittelbar Informationen. Sie können ihre Empörung oder Betroffenheit öffentlich artikulieren und erleben sich dadurch mit ihren Sorgen wahr- und ernstgenommen. Aufgrund des hohen Bekanntheitsgrades hat dieses Format eine hohe Akzeptanz.

Grenzen

Die Herausforderung dieses Formats besteht in der Schaffung einer guten Gesprächsatmosphäre, in der alle Beteiligten respektvoll miteinander umgehen und sich auf das Thema der Veranstaltung konzentrieren. Manche scheuen im Kreis vieler Teilnehmer/innen die eigene Beteiligung. Für andere besteht gerade in der hohen Teilnehmerzahl der Reiz, die Veranstaltung als Bühne für die eigene Agenda, Themensetzung und/oder populistische Stimmungsmache zu nutzen.

Dauer

Für eine Anwohnerversammlung sollten neunzig Minuten bis zwei Stunden eingeplant werden.

Anwohnergversammlung in der Praxis: Eine Clearingstelle für geflüchtete Jugendliche entsteht

Geflüchtete Jugendliche, die ohne Begleitung nach Deutschland gekommen sind, werden zunächst einem Clearingverfahren unterzogen, in dem ihr Alter und ihr Betreuungsbedarf bestimmt werden. Für die Durchführung dieses Verfahrens wurde ein neuer Ort benötigt und in dem betreffenden Bezirk gefunden. Um Protesten aus der Nachbarschaft zu begegnen, plante die zuständige Senatsverwaltung eine Informationsveranstaltung und kontaktierte dazu das MBT Berlin. Dieses stellte in einem Beratungsprozess verschiedene Dialogformate vor. Die Senatsverwaltung entschied sich für die Anwohnergversammlung.

Ziel

Zentrales Ziel war die Information der Anwohner/innen über die geplante Einrichtung in ihrer Nachbarschaft. Zugleich sollte Gerüchten und Ängsten begegnet werden. Die Anwohner/innen sollten Gelegenheit bekommen, sich in einem offenen Austausch zu informieren und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Zielgruppe und Akteure

Zielgruppe der Veranstaltung waren die betreffenden Anwohner/innen im Stadtteil. Die Bewohner/innen von 400 Adressen wurden angeschrieben. Auf dem Podium saßen der Bezirksbürgermeister, die zuständige Abteilungsleiterin des Jugendamtes und der Leiter der geplanten Clearingstelle. Zusätzlich zu dem Podium wurde auch die erste Reihe im Publikum mit kompetenten Ansprechpartner/innen besetzt. Dazu gehörten der stellvertretende Bürgermeister, Vertreter/innen der Polizei und des Jugendamtes, der bezirkliche Integrationsbeauftragte sowie die Flüchtlingskoordinatorin des Bezirks.

Durchführung

Veranstalter der Versammlung war die zuständige Senatsverwaltung. Das MBT Berlin übernahm die Planung und Durchführung. Eingeladen wurden alle Anwohner/innen im unmittelbaren Umfeld.

Als neutraler Veranstaltungsort wurde der Saal einer Kirchengemeinde gewählt. Die Diskussion wurde vom MBT Berlin zentral moderiert, eine Moderationsassistentin reichte fragenden oder kommentierenden Bürger/innen jeweils ein Mikrofon, behielt es aber zur Kontrolle in der Hand.

Stärken

Die Anwohner/innen konnten sich aktiv an der Diskussion beteiligen und ihre Argumente zu Gehör bringen. In der Auswertung äußerten sie ihre Zufriedenheit gehört worden zu sein. Die Veranstalter hatten Gelegenheit, Gerüchten entgegenzuwirken und die Fakten öffentlich bekanntzugeben.

Grenzen

Nicht alle Anwesenden beteiligten sich an der Diskussion. Insbesondere Befürworter/innen der Einrichtung trauten sich aufgrund der Überzahl der Kritiker/innen kaum, sich zu Wort zu melden und der Kritik entgegenzutreten.

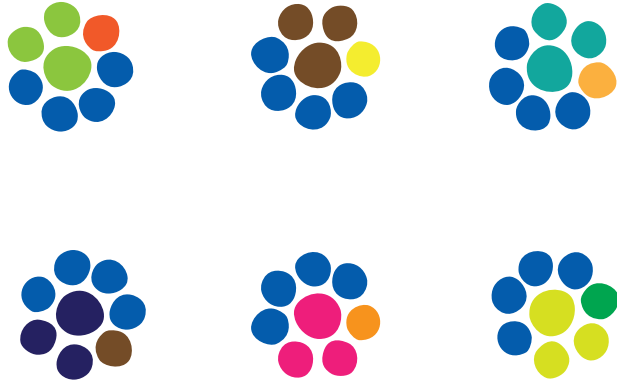
Problematisch war zudem die zu geringe Vorbereitungszeit: Der Veranstalter trat erst zwei Wochen vor dem Termin in Kontakt mit dem MBT Berlin, sodass einige Schritte der Planung entfallen mussten und auch die Anwohner/innen erst kurzfristig informiert werden konnten.

Dauer

Die Veranstaltung fand von 17 bis 20 Uhr statt.

Face-to-Face-Format: Info-Inseln

Info-Inseln sind das Format der Wahl, wenn bei tendenziell strittigen Themen polarisierte Meinungen auf Augenhöhe miteinander ins Gespräch gebracht werden sollen. Der Wunsch, möglichst viele Einzelgespräche zu ermöglichen und Interessierten individuell zu begegnen, stellt einen weiteren Anlass dar.



Ziel

Information und Dialog im Gemeinwesen sind zwei wesentliche Ziele dieses Face-to-Face-Formats. Daneben eignet es sich zur Identifikation und Aufnahme von Problemen und Bedürfnissen der Anwohnerschaft. Nach dem Prinzip einer Messe informieren sich Bürger/innen an Themen-Tischen über unterschiedliche Aspekte eines zentralen Themas und treten z. B. mit Vertreter/innen aus Politik, Verwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft in den Dialog.

Zielgruppe und Akteure

Das Format richtet sich an Bürger/innen, die sich über ein Thema umfassend informieren und mit den verantwortlichen Expert/innen diskutieren wollen. Die Kapazität hängt von den Räumlichkeiten und von der Steuerung der Personengruppen ab, kann aber in zwei bis vier Stunden mehrere hundert Personen umfassen.

Rahmenbedingungen

Die sorgfältige Planung ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen des Dialogformats. Dies schließt Vorbereitungstreffen mit durchführenden Akteur/innen ein. Ein ausreichend großer Raum mit einer adäquaten Akustik sollte vorhanden sein, in dem alle Info-Inseln platziert werden können. Empfohlen werden fünf bis sechs Info-Inseln, die mit mindestens zwei Fachvertreter/innen und einem oder einer moderierenden Tischgastgeber/in besetzt sind. Jede dieser Info-Inseln ist dabei mit zwei Stehtischen und einer Stellwand zur Visualisierung der Gesprächsregeln und offener Fragen ausgestattet. Die gewählte Örtlichkeit sollte sich idealerweise nah am „Ort des Geschehens“ befinden. Bei einer Veranstaltung zum Bau einer Flüchtlingsunterkunft bietet sich etwa die Unterkunft (vor Bezug) selbst oder eine sich in der Nähe befindende Schule an.

Stärken

Die Bürger/innen erhalten durch das dezentrale Dialogformat Informationen zu ausgewählten Aspekten des Themas und können im direkten Austausch mit den Verantwortlichen Ideen und Sorgen vortragen. Der „Wortergreifungsstrategie“, die mittels häufiger Zwischenfragen und der Propagierung eigener Thesen die Veranstaltung gezielt stören will, wird damit die Grundlage entzogen. Das Format bietet darüber hinaus den Bürger/innen die Möglichkeit, sich persönlich auf Augenhöhe einzubringen.

Grenzen

Die Herausforderung dieses Formats besteht in der Schaffung eines rotierenden Wechsels von Personengruppen an den Info-Tischen, damit alle Teilnehmende die Möglichkeit haben, sich zu informieren und die eigenen Fragen anzubringen. Hilfreich hierfür können „Lotsen“ sein, die sich flexibel zwischen den Info-Inseln bewegen, um für Nachfragen zur Verfügung zu stehen und in regelmäßigen Abständen zum Tischwechsel der Bürgerinnen und Bürger anzuregen.

Dauer

Mit Blick auf die zeitlichen Ressourcen der beteiligten Akteure haben sich drei bis vier Stunden am späten Nachmittag oder frühen Abend bewährt.

Info-Inseln in der Praxis: Eine ehemalige soziale Einrichtung wird zur Flüchtlingsunterkunft

In einem Stadtrandgebiet sollten Geflüchtete auf dem Gelände einer ehemaligen sozialen Einrichtung untergebracht werden. Das zuständige Bezirksamt hatte ein örtliches Nachbarschaftszentrum beauftragt, eine Informationsveranstaltung zur geplanten Flüchtlingsunterkunft durchzuführen. Das Nachbarschaftszentrum bat das MBT Berlin um Unterstützung. Ein längerer Beratungsprozess führte zu der Entscheidung, statt einer klassischen Anwohnerversammlung eine Veranstaltung mit Info-Inseln durchzuführen.

Ziel

Die Anwohner/innen sollten die Gelegenheit bekommen, sich über das Bauvorhaben und die damit verbundenen Veränderungen in der Nachbarschaft zu informieren und in den direkten Austausch mit den Ansprechpartner/innen zu treten.

Zielgruppe und Akteure

Eingeladen wurden 2.000 Menschen, die in der unmittelbaren Nachbarschaft wohnen. Als Ansprechpartner/innen wurden die wichtigsten Akteur/innen wie die Bezirksbürgermeisterin, das Landesamt für Flüchtlingsfragen, die bezirkliche Integrationsbeauftragte, der Leiter des Gesundheitsamtes sowie ein Vertreter der Polizei eingeladen.

Durchführung

Das MBT Berlin übernahm für das Nachbarschaftszentrum die Konzeption und Durchführung der Veranstaltung. Als Ort wurden die Räume einer Schule ausgewählt. Das MBT Berlin moderierte die Diskussion an vier Info-Tischen. Mehrere Lotsen leiteten Besucher/innen zu den jeweils zuständigen Tischen.

Stärken

Durch das Eins-zu-Eins-Gespräch mit den Verantwortlichen ließen sich die Sorgen der Bürger/innen direkt anbringen. Zurückhaltende Personen konnten zunächst zuhören oder wurden von den Moderator/innen aktiv in die Gespräche hereingeholt und integriert.

Grenzen

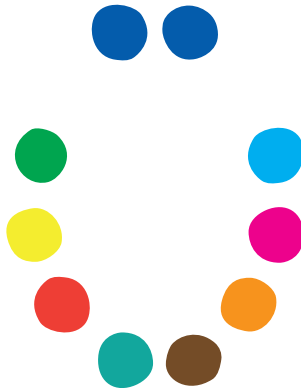
Für die Akteur/innen stellte dieses Format eine besondere Herausforderung dar, da sie die gleichen Fragen immer wieder beantworten mussten. Die Gesamtkoordination hatte die Aufgabe, bei unterschiedlich stark frequentierten Tischen gegenzusteuern und auf eine bessere Personenverteilung hinzuwirken.

Dauer

Die Veranstaltung dauerte von 17 bis 20 Uhr und konnte von den Teilnehmenden jederzeit besucht und verlassen werden.

Vernetzungsformat: Multiplikatoren-Runde

Die Multiplikatoren-Runde ist ein geschlossenes Veranstaltungsformat, in dem sich die im Bezirk bzw. Stadtteil lokal verankerten Akteure – etwa aus den Bereichen Politik, Verwaltung, öffentliche Sicherheit und Zivilgesellschaft – vernetzen und über das gemeinsame Vorgehen zu einem zentralen Konflikt im Gemeinwesen beraten.



Ziel

Ziel dieses Formats ist der fachliche Austausch zwischen den Akteuren. Es können gemeinsame Vorhaben besprochen und erste Vereinbarungen getroffen werden. Die Ergebnisse dieses Dialogformats werden dokumentiert und den Multiplikator/innen sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Zielgruppe und Akteure

Das Format richtet sich an Multiplikator/innen, d.h. konkret an Personen im Gemeinwesen, die über Gestaltungsmöglichkeiten ihres sozialen und beruflichen Umfeldes verfügen. Für eine konstruktive Arbeitsatmosphäre ist eine Größe von zehn bis fünfzig Personen empfehlenswert.

Durchführung

Zur Anregung des Gesprächsaustausches hat sich eine halbkreisförmige Sitzrunde als optimal erwiesen. Während die Veranstalter/innen und die fachlichen Expertinnen und Experten aus dem Gemeinwesen zum Thema in der Mitte des Halbkreises sitzen, um für alle Teilnehmenden hör- und sichtbar zu sein, arbeitet ihnen gegenüber ein Moderationsteam. Dieses nimmt im Dialogformat eine neutrale Position ein und sorgt für die Strukturierung der Wortbeiträge sowie für die Visualisierung der Ergebnisse auf Flipcharts bzw. Stellwänden.

Stärken

Die Stärke des Formats liegt in der Geschlossenheit, die zu einer konstruktiven Arbeitsatmosphäre beiträgt und einen geschützten Rahmen gewährleistet. Aus der Multiplikatoren-Runde resultiert in der Regel eine für die Öffentlichkeit bestimmte Dokumentation, in der die wichtigsten Fragen und Antworten zum Thema aufgenommen werden, und/oder eine interne To-Do-Liste, in der zu bearbeitende Arbeitsaufträge für die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aufgeführt sind.

Grenzen

Ideen und Vorschläge können in der Runde gesammelt werden. Für die detaillierte Ausarbeitung eines Konzeptes oder konkreter Maßnahmen bedarf es jedoch kleinteiligerer Arbeitsgruppen.

Dauer

Eine Multiplikatoren-Runde sollte neunzig Minuten bis zwei Stunden in Anspruch nehmen.

Multiplikatoren-Runde in der Praxis: Bau einer Flüchtlingsunterkunft

Anlässlich der Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft war es das Ziel des zuständigen Bezirksamtes, die lokal ansässige Anwohnerschaft umfassend über das Planungsvorhaben zu informieren und damit die Akzeptanz für das Bauprojekt sowie die Aufnahme geflüchteter Menschen zu fördern. Dafür fragte das Bezirksamt das MBT Berlin für eine begleitende Beratung an. Aus dem Beratungsprozess ergab sich die Idee, im Vorfeld der Anwohnerveranstaltung ein geschlossenes Dialogformat mit den Verantwortlichen und den Multiplikatoren vor Ort durchzuführen.

Ziel

Ziel der Multiplikatoren-Runde war der fachliche Austausch mit lokal verankerten Akteuren des Stadtteils zum Bau einer Flüchtlingsunterkunft. Das Bezirksamt lud zu dieser Runde ein und übernahm die Organisation sowie Vorbereitung der Veranstaltung. Mit dem Format sollten inhaltliche Fragen zum Bauvorhaben geklärt und die Durchführung einer Informationsveranstaltung für Anwohner/innen besprochen und abgestimmt werden.

Zielgruppe und Akteure

Zielgruppe waren Vertreter/innen des Bezirksamtes, des Bauunternehmens und Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten sowie Ansprechpartner/innen von Kindertagesstätten, Schulen, Kirchengemeinden, Nachbarschafts- und Sportvereinen, Familienzentren, Flüchtlingsnetzwerken und Senioreneinrichtungen, die die Möglichkeit hatten, Fragen und Anregungen zum geplanten Bauvorhaben einzubringen sowie Herausforderungen zu benennen.

Durchführung

Der Gesprächsaustausch fand in den Räumlichkeiten des Bezirksamtes mit einer halbkreisförmigen Sitzrunde statt. Der Bezirksbürgermeister und weitere Ansprechpartner/innen zum Bauvorhaben saßen in der Mitte. Alle anderen Akteure nahmen an den Seiten Platz. Der Bezirksbürgermeister eröffnete die Runde und die Verantwortlichen des Bauvorhabens gaben

einen kurzen Input zum aktuellen Stand. Danach fand der Austausch zwischen den Akteuren statt. Moderiert wurde die Veranstaltung vom MBT Berlin. Das Moderationsteam übernahm sowohl die Gesamtmoderation als auch die Visualisierung der Ergebnisse auf Flipcharts. Im Nachgang der Veranstaltung bereitete das MBT Berlin die Ergebnisse für die Dokumentation auf und ließ es dem Bezirksamt zukommen.

Stärken

Die Multiplikatoren-Runde bot einerseits eine Plattform zur Vernetzung zwischen Verantwortlich/innen und Ansprechpartner/innen mit den lokal verankerten Akteuren des Stadtteils. Andererseits konnten relevante Fragen zum Bauvorhaben und dessen Auswirkungen auf das Umfeld im Kreis der Akteure beantwortet werden. Aus der Multiplikatoren-Runde resultierte eine Dokumentation, die das Bezirksamt der Öffentlichkeit zur Verfügung stellte.

Grenzen

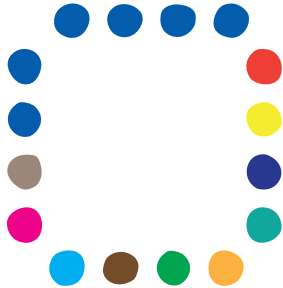
Ideen und Anregungen der Teilnehmenden für die diskursive Beteiligung der Anwohnerschaft und den Umgang mit den Herausforderungen durch die neue Bewohnerschaft in der Flüchtlingsunterkunft wurden zwar durch das Moderationsteam aufgenommen, müssen aber vom Bezirksamt mit Blick auf die Umsetzung ressourcenorientiert geprüft und weiter bearbeitet werden.

Dauer

Die Multiplikatoren-Runde fand mit vierzig Personen von 14 bis 16 Uhr statt.

Beteiligungsformat: Bürgerdialog

Der Bürgerdialog erweitert die beschriebenen Formate zu einer abgestimmten Beratungs- und Dialogstrategie. Der Bürgerdialog fördert Kommunikation auf Augenhöhe, stärkt das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger im Gemeinwesen und damit ein nachbarschaftliches Miteinander.



Ziel

Mit diesem Format können Konflikte im Gemeinwesen pluralisiert und versachlicht werden. Es dient dazu, die verschiedenen Interessen in einem Konflikt offenzulegen und gemeinsame Vorstellungen und Vereinbarungen zur Gestaltung des Zusammenlebens zu entwickeln. Der Bürgerdialog erstreckt sich über mehrere Dialogrunden in einem begrenzten Zeitraum. Das handlungsleitende Ziel ist es, einen Kommunikationsraum für alle Konfliktparteien zu schaffen und ein nachbarschaftliches Miteinander auf Augenhöhe zu fördern.

Zielgruppe und Akteure

Das Format richtet sich an unmittelbar Betroffene (i.d.R. Anwohner/innen) und allseitig anerkannte Persönlichkeiten als Mittler (z.B. aus Kirchen, Bezirkspolitik, Schule, Gemeinwesenarbeit, Gewerbe etc.).

Durchführung

Die umfassende Vorbereitung der Dialogrunden entscheidet über ihren Erfolg. Relevante Akteure und Schlüsselpersonen können im Rahmen einer gezielten Sozialraum- und Ressourcenanalyse identifiziert werden. Eine Lageeinschätzung verschafft Überblick über die verschiedenen Interessen. Es geht auch darum festzustecken, was verhandelbar ist (und was nicht) und wie weit die Interessen auseinander liegen. Eine Zielvereinbarung schließt diese Phase ab. Der Bürgerdialog ist ein ergebnisoffener Prozess: Das Engagement der Teilnehmenden ist für den Ausgang ausschlaggebend.

Stärken

Ein Konflikt kann transparent bearbeitet und verschüttete Potentiale in Sozialräumen können aktiviert werden. Die gemeinsame Etablierung von Verfahren und Kommunikationsräumen fördern Selbstwirksamkeit und Verantwortungsbewusstsein: Bürger/innen können ihr unmittelbares Wohnumfeld mitgestalten. Es können aber auch die Grenzen von Beteiligung aufgezeigt werden. Bürgerdialoge bieten damit die Chance, komplexe administrative und politische Prozesse verständlich zu kommunizieren.

Grenzen

Die Bereitschaft der beteiligten Akteure, ihrer eigenen Rolle bewusst zu sein und Verantwortung für die Konfliktlösung zu übernehmen, entscheidet über den Erfolg. Dies setzt voraus, dass die Anliegen, Sorgen und Ängste aller Beteiligten ernstgenommen werden. Verschließt sich eine Partei dem Dialog auf Augenhöhe oder ist der Konflikt schon zu verhärtet, ist dieses Format nicht geeignet. Im Gegenteil kann der Konflikt dann sogar verschärft werden.

Dauer

Die Prozesslänge und Häufigkeit der Dialogrunden ist abhängig von der Eskalationsstufe des Konflikts sowie der Zahl und Dialogbereitschaft der involvierten Parteien. Zu Beginn jeder Dialogrunde sollte geprüft werden, ob die getroffenen Vereinbarungen der vorherigen Runde bearbeitet wurden. Davon ist abhängig, ob weitere Dialogrunden sinnvoll sind.

Bürgerdialog in der Praxis: Ein Nachbarschaftskonflikt

Eine Wohnungsbaugesellschaft übernahm die umfassende Sanierung eines Wohnkomplexes, in dem hauptsächlich neuzugewanderte Familien aus Rumänien wohnten. Im Zuge der Sanierung wurde ein vorher brachliegendes Grundstück für die Mieter/innen und ihre Kinder nutzbar gemacht. Diese bauliche Veränderung erregte den Argwohn der im angrenzenden Wohngebäude lebenden alteingesessenen Mieter/innen. Die Beschwerden, die bei der Wohnungsbaugesellschaft eingingen, bezogen sich vor allem auf Lärmbelästigungen sowie Mülltrennung. Zunehmend beinhalteten sie jedoch auch antiziganistische Töne und Bemerkungen. Das MBT Berlin wurde vom zuständigen Bezirksamt zur begleitenden Beratung und zur Planung entsprechender Dialog- und Teilnehmungsformate angefragt.

Ziel

Der Konflikt zwischen den alteingesessenen Mieter/innen und der Wohnungsbaugesellschaft sollte entschärft und die Parteien miteinander in einen Dialog gebracht werden, um die Verhärtung der Fronten aufzulösen und gemeinsam eine für alle Seiten annehmbare und tragfähige Lösung z. B. in Form eines Nachbarschaftsvertrages zu finden. Die legitimen Anliegen der alteingesessenen Mieter/innen sollten Raum bekommen, um der Verfestigung einer antiziganistischen Stimmung vorzubeugen.

Zielgruppe und Akteure

An den Dialogrunden nahmen als Beschwerdeführer identifizierte Anwohner/innen, Vertreter/innen ihrer Hausverwaltung sowie Vertreter/innen der Wohnungsbaugenossenschaft des umstrittenen Wohnkomplexes teil. Hinzu kamen die Integrationsbeauftragte als Auftraggeberin und Vertreter/innen relevanter Abteilungen des zuständigen Bezirksamts (z. B. Ordnungsamt, Jugendamt) und der Polizeidirektion.

Durchführung

Zu den vom MBT Berlin moderierten Dialogrunden lud die Integrationsbeauftragte des Bezirks schriftlich ein. Das MBT Berlin stellte sich bei der

ersten Runde als allparteilicher Moderator und Begleiter des bevorstehenden Gestaltungsprozesses vor. Die erste Runde diente vor allem dazu, dass sich alle Beteiligten kennenlernen sowie den Beschwerden und Sorgen der alteingesessenen Mieter/innen einen Raum und Rahmen gegeben wird. Die Dokumentation der Dialogrunde inklusive getroffener Vereinbarungen wurde allen Beteiligten im Anschluss der Veranstaltung zur Verfügung gestellt. So konnten kurze Kommunikationskanäle zwischen den Akteuren etabliert werden. In der nächsten Dialogrunde wurde überprüft, ob die Vereinbarungen bearbeitet bzw. eingehalten wurden und sich die Situation vor Ort verändert hat. An den Punkten, an denen noch keine zufriedenstellende Änderung der Situation eingetreten war, konnte durch die zweite Dialogrunde nachgesteuert werden. Gemeinsam mit der Auftraggeberin wurde der Prozess mit einer Reflexion der erzielten Ergebnisse beendet.

Rahmenbedingungen

Die Dialogrunden fanden in einem vom Bezirksamt zur Verfügung gestellten Saal des Bezirksamts statt. Das MBT Berlin übernahm die Planung, Moderation und Dokumentation der Dialogrunden. Sie waren eingebettet in einen umfassenden Beratungsprozess der Auftraggeberin.

Stärken

Mithilfe des Bürgerdialogs wurden die Beschwerden und Wünsche der alteingesessenen Anwohner/innen ernstgenommen. Gleichzeitig war es wichtig den Mieter/innen die Grenzen aufzuzeigen, indem darauf hingewiesen wurde, dass menschenverachtende Äußerungen nicht geduldet werden. Dieses Vorgehen trug zu einer Entschärfung der Lage bei und wirkte einer Verfestigung einer antiziganistischen Haltung entgegen. Der Bürgerdialog förderte das Bewusstsein dafür, dass das neue Miteinander eine gemeinsame Gestaltungsaufgabe darstellt.

Grenzen

Nicht alle Änderungswünsche und Einwände konnten berücksichtigt werden und nicht jedes Anliegen fand einen Adressaten. Die Umsetzung der Maßnahmen und die Akzeptanz von Veränderungen und des neuen Miteinanders brauchen Zeit, Geduld und Engagement aller Beteiligten. Der

Bürgerdialog kann diesen Prozess nur anstoßen und die ersten Schritte begleiten.

Dauer

Die Veranstaltungen dauerten jeweils zwei Stunden. Der gesamte Beratungsprozess erstreckte sich insgesamt über einen Zeitraum von fünf Monaten.



Checkliste und Empfehlungen

Konzeption

- Was ist der Anlass der Veranstaltung?
- Was ist das Ziel der Veranstaltung?
- Wie viele Teilnehmer/innen sind vorgesehen?
- Mit welcher Stimmungslage unter den Teilnehmer/innen ist zu rechnen?
- An welchem Datum findet die Veranstaltung statt? (Ferienzeiten beachten)
- In welchem Zeitraum findet die Veranstaltung statt?
- Wer ist offizieller Veranstalter?
- Gibt es einen Kooperationspartner? (Abstimmung und Einbeziehung)
- Wer moderiert die Veranstaltung?
- Wo findet die Veranstaltung statt?
- Sind die Räumlichkeiten für den Veranstaltungszweck geeignet? Sind sie barrierefrei?
- Soll es eine Dokumentation der Veranstaltung geben?

Einladung und Ankündigung

- Wie wird eingeladen (offen oder persönlich)?
- Soll eine Kurzbeschreibung des Programms und ein Lageplan anbei liegen?
- Ist eine Antwortmöglichkeit vorgesehen?
- Soll eine Anmeldebestätigung versendet werden?
- Sind die Expert/innen angefragt?

Ablauforganisation

- Ist den beteiligten Akteuren das Veranstaltungskonzept bekannt?
- Liegt eine Liste der Kontaktdaten aller Beteiligten vor?
- Gibt es Namensschilder für die beteiligten Akteure?
- Ist ein Catering vorgesehen?
- Wie verläuft das Einlass- und Anmeldeanagement?
- Ist für Sicherheit vor Ort gesorgt (Sicherheitsdienst, Polizei)?
- Ab wieviel Uhr steht der Veranstaltungsraum zur Verfügung?

- Stehen Helfer/innen für den Ablauf zur Verfügung?
- Sind Raumbeschilderungen notwendig?
- Findet die Veranstaltung mit oder ohne Tische statt?
- Welche Form der Bestuhlung ist vorgesehen?
- Falls notwendig, sind feste und/oder mobile Mikrofone, Beamer, Stellwände, Notebook, Leinwand und Moderationsmaterialien vorhanden?

Spezifische Hinweise für die Dialogformate

Anwohnerversammlung:

- Welche Expert/innen nehmen zusätzlich zu den Podiumsgästen teil?

Info-Inseln:

- Wie viele Info-Inseln (Thementische) gibt es?
- Sind pro Info-Insel zwei bis drei Stehtische und eine Stellwand vor Ort?
- Sind die Info-Inseln thematisch gekennzeichnet?
- Stehen eine Moderation und ein Lotse pro Info-Insel sowie eine Gesamtkoordination für die Veranstaltung zur Verfügung?

Wer moderiert die Veranstaltung?

- Die Moderation muss als neutral und allparteilich wahrgenommen werden. Daher empfiehlt sich die Übergabe der Moderation an ein externes Team.
- Die Aufgabe der Moderation ist es, einen klaren und transparenten Rahmen zu setzen, die Fragen und Antworten zu strukturieren und als Puffer zwischen allen Seiten zu fungieren.
- Die Moderation stellt zu Beginn der Veranstaltung allgemeine Gesprächsregeln vor. Je nach Bedarf weist sie darauf hin, dass menschenverachtende Äußerungen zum Ausschluss von der Veranstaltung führen und der Veranstalter ggf. von seinem Hausrecht Gebrauch machen wird. Die Gesprächsregeln können gut sichtbar im Raum angebracht oder auf Handzetteln verteilt werden.

Regeln für eine gute Gesprächsatmosphäre

- Respektvoll miteinander umgehen
- Andere ausreden lassen
- Sich kurz fassen
- Sich auf das Thema der Veranstaltung konzentrieren
- Keine unabgesprochenen Ton-, Bild- und Video-Aufnahmen machen

Wie gestaltet sich der Umgang mit offenen Fragen?

Alle Fragen, Anregungen und Wünsche, die während der Veranstaltung geäußert werden, sollten von der Moderation visualisiert werden. Ist es nicht möglich, einzelne Punkte ausreichend während der Veranstaltung zu klären, muss im Vorfeld abgestimmt sein, wie mit offenen Fragen im Nachgang umgegangen wird.

Braucht eine Informationsveranstaltung ein Sicherheitskonzept?

Bei kontrovers und emotional diskutierten Themen empfehlen sich folgende Handlungsschritte:

- Durch eine postalische und persönliche Einladung der Anwohnerschaft lässt sich der Personenkreis der Veranstaltung überschaubar halten.

- Vor der Informationsveranstaltung empfiehlt es sich, Kontakt mit dem zuständigen Polizeiabschnitt und mit dem oder der Beauftragten der AG Migration und Integration im Bezirk aufzunehmen, um sich über ein mögliches Sicherheitskonzept für die Veranstaltung abzustimmen.
- Die Ausschlussklausel sollte gut sichtbar am Eingang des Veranstaltungsraums hängen. Wer das Hausrecht innehat, kann somit Personen ausschließen, die die Veranstaltung durch verfassungsfeindliche Äußerungen und Handlungen bzw. als Bedrohung empfundene Verhaltensweisen stören. Ausgeschlossene Personen haben die Veranstaltung sofort zu verlassen, notfalls muss ein zwangsweiser Ausschluss von der Versammlung durch die Polizei vollzogen werden.

Hausrecht

Versammlungsgesetz

§ 6 (1) Bestimmte Personen oder Personenkreise können in der Einladung von der Teilnahme an einer Versammlung ausgeschlossen werden.

§ 11 (1) Der Leiter kann Teilnehmer, welche die Ordnung gröblich stören, von der Versammlung ausschließen. (2) Wer aus der Versammlung ausgeschlossen wird, hat sie sofort zu verlassen.

Ausschlussklausel (gemäß § 6 Abs. 1 und § 11 VersG)

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die durch rassistische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung treten, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

4 Glossar

i Allparteilichkeit

Der Anspruch der Allparteilichkeit stammt aus der systemischen Beratungsarbeit und bezeichnet eine bestimmte Haltung des Beraters oder der Beraterin. Gemeint ist, dass die beratende Person auf keiner Seite steht, sondern die Interessen aller Konfliktparteien wahrnehmen und einbringen kann.

i Anwohnerversammlung

Zentrale Ziele der klassischen Anwohnerversammlung sind die kompakte Informationsvermittlung durch die Fachvertreter/innen sowie die Ermöglichung einer Artikulation von Sorgen, Verunsicherungen und Befürchtungen der Anwohnerschaft zu einem bestimmten Thema.

i Bürgerdialog

Der Bürgerdialog erweitert die beschriebenen Formate zu einer abgestimmten Beratungs- und Dialogstrategie. Der Bürgerdialog fördert Kommunikation auf Augenhöhe, stärkt das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger im Gemeinwesen und damit ein nachbarschaftliches Miteinander.

i Community Communication

Community Communication ist ein konzeptioneller Ansatz, der über vielfältige dialogische Formate Kommunikationsräume eröffnen und gestalten will. Er fördert die diskursive Auseinandersetzung über Veränderungsprozesse und Konflikte in der Nachbarschaft und ermöglicht so eine erfolgreiche Kommunikation zwischen Bürger/innen und Vertreter/innen der Kommunen.

i Diskursive Beteiligung

Diskursive Beteiligung will weniger Partizipation im Sinne konkreter Aushandlungsprozesse initiieren, sondern – durch frühzeitige Einbindung – den betroffenen Anwohner/innen die Möglichkeit geben, Einfluss auf den Veränderungsprozess zu nehmen.

i Gesamtkoordination

Die Gesamtkoordination behält den Überblick über die gesamte Veranstaltung, ist primäre/r Ansprechpartner/in für alle an der Veranstaltung beteiligten Akteure für Fragen zur Durchführung, Steuerung von Personengruppen oder zum Umgang mit Störungen. Sie ist Schnittstelle zwischen Veranstalter, Wachschatz, Experten, Tischgastgeber und Lotsen.

i Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ wurde von dem Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer geprägt. Er bezeichnet ein Set von Einstellungen, die sich gegen bestimmte Gruppen richten. Darunter fallen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Langzeitarbeitslosen.

i Info-Inseln

Info-Inseln sind das Format der Wahl, wenn bei tendenziell strittigen Themen polarisierte Meinungen auf Augenhöhe miteinander ins Gespräch gebracht werden sollen.

i Lotsen

Lotsen informieren die Bürger/innen am Eingang über Konzeption und Ablauf der Veranstaltung. Sie begleiten die Bürger/innen gegebenenfalls zu den Tischen und bewegen sich flexibel zwischen den Info-Inseln, um für Nachfragen der Teilnehmer/innen zur Verfügung zu stehen und in regelmäßigen Abständen zum Tischwechsel der Bürger/innen anzuregen.

i Multiplikatoren-Runde

Die Multiplikatoren-Runde ist ein geschlossenes Veranstaltungsformat, in dem sich die im Bezirk bzw. Stadtteil lokal verankerten Akteure

vernetzen und über das gemeinsame Vorgehen zu einem zentralen Konflikt im Gemeinwesen beraten.

i Wortergreifungsstrategie

Ziel der „Wortergreifungsstrategie“ der Neuen Rechten ist es, öffentliche Diskussionsveranstaltungen als Plattform für ihre eigenen politischen Thesen zu nutzen und politische Gegner/innen einzuschüchtern. So heißt es in einer Pressemitteilung der Jungen Nationaldemokraten (JN): „In der direkten Konfrontation mit dem Gegner soll dieser nicht mehr in der Lage sein über Nationalisten, sondern nur noch mit ihnen zu diskutieren“. Mit gezielten Zwischenrufen und provokativen Fragen, die vom eigentlichen Thema der Veranstaltungen wegführen, wird versucht, die Wortführerschaft zu ergreifen.

Das Mobile Beratungsteam Berlin stellt sich vor

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt: Hier treffen verschiedene Kulturen, Milieus, Lebenswelten und Lebensstile aufeinander. Diese Vielschichtigkeit ist eine Stärke moderner Stadtgesellschaften. Sie birgt jedoch zugleich Potential für soziale Konflikte.

Seit dem Jahr 2001 beraten und begleiten wir Multiplikatorinnen und Multiplikatoren öffentlicher Einrichtungen bei Verständigungsprozessen im Gemeinwesen, die im Zusammenhang mit ethnisierten und konfessionalisierten Konflikten auftreten.

Als Mobiles Beratungsteam reagieren wir räumlich mobil und flexibel auf aktuelle Bedarfslagen, wenn neue Konfliktlagen im Kontext Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entstehen. Im lokalen Feld und mit fachlicher Expertise entwickeln und erproben wir konkrete Lösungsansätze und Empfehlungen.

Unser Angebot

Beratung

Auf Anfrage arbeiten wir gemeinsam mit Ihnen an einem demokratischen Miteinander vor Ort. Wir unterstützen Sie und Ihr Anliegen mit unserer fachlichen Expertise, und stellen Ihre Kompetenzen, Ressourcen und Ihr Umfeld in den Mittelpunkt unserer Beratung. Gemeinsam mit Ihnen arbeiten wir mithilfe methodischer Impulse an der Erweiterung Ihrer Handlungsmöglichkeiten. Ziel unserer Beratung ist es, Sie zu einer selbstbestimmten Wahl von gemeinsam identifizierten Lösungsoptionen zu motivieren und zu begleiten.

Dialog und Vernetzung

Wir arbeiten wertgebunden, allparteilich und unabhängig. Um zwischen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Interessen und Perspektiven zu vermitteln, haben wir unterschiedliche Dialogformate in der Praxis entwickelt und erfolgreich umgesetzt:

- Beteiligungsorientierte Anwohnerversammlungen
- Bürger- und Nachbarschaftsdialoge
- Multiplikatoren- und Vernetzungsrunden
- Face-to-Face-Formate mit Info- und Dialoginseln
- World Café, Open Space, Zukunftskonferenzen

Bildung

Wir bieten Ihnen passgenau konzipierte Fortbildungen zu folgenden Themen an, die Ihre Handlungskompetenz in der Auseinandersetzung mit Diskriminierung und vorurteilsbezogenen Konflikten stärken, Ihr Wissen erweitern und Ihre Lust auf Auseinandersetzung und Reflexion anregen:

- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung
- Diversity Education und Interkulturelle Kommunikation
- Islam und Islamismus
- Normenorientierung & Wertediskussion in der Flüchtlingsarbeit
- Antisemitismus
- Rassismus
- Rechtsextremismus
- Rechtspopulismus

Wenn Sie Fragen zu oder Interesse an einem unserer Programme haben, dann freuen wir uns darauf, Sie kennenzulernen!

So erreichen Sie das Mobile Beratungsteam

- **Projektleiterin**
Ann-Sofie Susen

E-Mail mbtberlin@stiftung-spi.de
Telefon 030.44 23 71 8 oder
030.41 72 56 28

Internet www.mbt-berlin.de
www.stiftung-spi.de/projekte/mbt

Impressum

Auflage: 250 Stück, Dezember 2017

V. i. S. d. P.: Dr. Birgit Hoppe

■ Herausgeber

Stiftung SPI – Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«
Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.
Müllerstr. 74, 13349 Berlin
Vorstandsvorsitzende/Direktorin: Dr. Birgit Hoppe

■ Texte

Claire Horst, Aylin Karadeniz, Dr. Ulrike Klötzing-Madest,
Ann-Sofie Susen

■ Redaktionelle Bearbeitung

Dr. Ingmar Dette

■ Stiftung SPI

Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung
Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung
Samariterstraße 19 - 20, 10247 Berlin

Tel. 030 41725628 und 44 23 71 8

Fax 030 44 03 41 46

E-Mail: mbtberlin@stiftung-spi.de

Web: www.stiftung-spi.de
www.mbt-berlin.de

■ Gestaltung

physalis. Kommunikation & Design | Eno Thiemann

■ Copyright

Die Stiftung SPI behält sich sämtliche Rechte auch an der Gestaltung und Struktur der Broschüre vor. Nachdruck sowie Vervielfältigungen sind nur mit Angabe der Quelle und vorheriger Informationen und Freigabe durch die Redaktion gestattet. Alle Urheberrechte liegen bei der Stiftung SPI.

COMMUNITY COMMUNICATION



Gefragt.



gesehen.



gehört werden.

Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen

Gegenseitige Wertschätzung, die Begegnung auf Augenhöhe, das Ernstnehmen von Interessen, Meinungen, Fragen und die Lust auf lösungsorientierte Auseinandersetzungen können wirksam dem Gefühl entgegenwirken, nicht gefragt, nicht gehört, nicht gesehen zu werden.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch

be  Berlin

Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

Im Rahmen von

Demokratie.
Vielfalt. Respekt.
In Berlin.

Das Landesprogramm